

Dresdner Volkszeitung

Herausgeber: Dresden
Raben & Comp., Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Vertrieb: E. G. Schmitt, Dresden.
Postamt: E. G. Schmitt, Dresden.
Vertrieb: E. G. Schmitt, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bei Eintritt von Änderungen irgendwelcher Art, ist es durch oder ohne Rücksicht auf die Besondere der Dresdner Volkszeitung, deren Inhalt auf Rückmeldung des Verlegers über die Fortsetzung der Zeitung

Abdruck mit der üblichen Unterhaltungsgebühr. Lieben, bitten wir, zu erwählen, ob Sie monatlich 1,50 M., vierteljährlich 4,50 M., halbjährlich 8,50 M., jährlich 16,50 M. zahlen wollen. Die Abrechnung erfolgt durch die Dresdner Volkszeitung.

Bestellungspreis: Vierteljährlich 4,50 M., halbjährlich 8,50 M., jährlich 16,50 M. (Postgebühren sind nicht inbegriffen).
Bestellungspreis: Vierteljährlich 4,50 M., halbjährlich 8,50 M., jährlich 16,50 M. (Postgebühren sind nicht inbegriffen).

Abdruck mit der üblichen Unterhaltungsgebühr. Lieben, bitten wir, zu erwählen, ob Sie monatlich 1,50 M., vierteljährlich 4,50 M., halbjährlich 8,50 M., jährlich 16,50 M. zahlen wollen. Die Abrechnung erfolgt durch die Dresdner Volkszeitung.

Nr. 156

Dresden, Dienstag, den 8. Juli 1930

41. Jahrgang

Briands Paneuropaplan Die Reichsregierung schwächt

D. Berlin, 8. Juli. (Eig. Funk.)
Das Reichskabinett befaßte sich am Montag in einer mehrstündigen Sitzung mit dem Text der von Briand am Montag in Paris abgeordneten Memoranden des französischen Außenministers. Die Beratungen verliefen außerordentlich schwierig gesteuert und nunmehr schon zum zweiten Mal vertagt werden mußten, sollen in den nächsten Tagen zum Abschluß gebracht werden.

Mussolinis fünf Vorbehalte

P. Paris, 8. Juli. (Eig. Funk.)
Die italienische Antwort auf das Europamemorandum Briands, deren Text am Montag spät abends veröffentlicht worden ist, bringt im Widerspruch zu dem kürzlich im Pariser Reichstag erschienenen Artikel Mussolinis eine begeisterte Zustimmung zu den Vorschlägen Briands. Trotzdem die Antwort ihrer Vorbehalte wegen in der Presse durchweg eine ausgesprochen schlechte Aufnahme gefunden hat, sind die Vorbehalte, fünf an der Zahl, verhängnisvoll:
1. Die Wahrung der Souveränität der angegriffenen Länder, den Schutz der Rechte der kleinen Mächte, die Gleichberechtigung und die Abfassung aller Verträge des Unterzeichners zwischen Sieger und Besiegten;
2. den Eintritt Russlands und der Türkei in den Völkerbund;
3. Erweiterung des Völkerbundes zu einem weltumfassenden System der Solidarität und der Zusammenarbeit;
4. die ständige Vertretung auch der kleinen Mächte im Völkerbund;
5. die allgemeine Erklärung als Hauptziel des Völkerbundes, die Sicherheit durch den Völkerbund, den Völkerbund und die Völkerbündnisse gegenseitig garantiert sei.
Alle diese Forderungen glaubt die Berliner Presse reflexdemagogisch bezeichnen zu können.

Der Krach im Nazilager Straßers eigne Liste in Braunschweig

D. Braunschweig, 7. Juli. (Eigener Drahtbericht.)
In Braunschweig hat sich eine Oppositionsgruppe der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei gebildet. Die Straßer-Gruppe plant, für die kommenden Landtagswahlen mit einer eigenen Liste vorzugehen. Sie ist inzwischen mit einem Aufruf an die Öffentlichkeit getreten, in dem es heißt:
„Die NSDAP. verläßt die Fahne der deutschen Revolution. In der politischen Praxis hat die Partei die nationalsozialistischen Grundsätze verlassen. In den reaktionären bürgerlichen Parteien wird gemeinsam politisch getrieben oder als höchstes Ziel angestrebt. Auch in Braunschweig wird innerhalb der NSDAP. bereits auf Ministerposten spekuliert. Der im März beginnende Wahlkampf hat für die NSDAP. nur den Zweck, koalitionsfähig zu werden. Gegen diesen Verrat der NSDAP. an den nationalsozialistischen Grundsätzen rufen wir zum Protest auf. Wir halten fest an den 25 Thesen, auf die wir als Führer geschworen hat, als Grundlage zur Weltanschauung des Dritten Reiches.“
Führer der nationalsozialistischen Opposition in Braunschweig ist ein früherer Geschäftsführer der Hitler-Partei.

Neue Austritte und Ausschlüsse in Sachsen

wal. Leipzig, 7. Juli. In einer Aufschrift an das Stadtpartei-Komitee teilt Rechtsanwalt Dr. Dost mit, er habe einen Austritt aus der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei erklärt. Er sei ihr unter ihrem bisherigen Programm des nationalen Sozialismus beigetreten. Da die Partei in diesem Programm abweiche, könne er ihr Vorläufer nicht sein.
wal. Chemnitz, 7. Juli. Die nationalsozialistischen Stadtparteien Bad und Wolf sind aus der Partei ausgeschlossen worden, weil sie bei der Abstimmung über die Auflösung des Theaters nicht dem Fraktionszwang gefolgt sind. Die beiden Ausschüsse haben Beschwerde beim Schlichtungsausschuss der Reichsleitung in München eingelegt. Bis zur Erregung werden sie ihre Stadtpartei-Mandate beibehalten.

Der unliebsame General

Us. Buenos Aires, 8. Juli. (Eigener Funk.)
Die bolivianische Regierung hat zur Prüfung des Verbleibens des aus Deutschland stammenden Generals und während des Umsturzes in Bolivien eine Kommission eingesetzt, die vor allem darüber entscheiden soll, ob und die Ausreise aus Bolivien gestattet werden soll. Mit der baldigen Möglichkeit einer derartigen Ausreise wird nicht gerechnet. Boretti wurde die Genehmigung zur Ausreise erteilt, weil man befürchtet, daß durch andere lateinamerikanischen Mächten militärische Informationen abfließen lassen könnte.

Aufmarsch der Faschisten in Finnland

Die finnische Regierung Einheitsfront ist gebildet. Ob sie zur Konsolidierung der innerpolitischen Lage führen wird, weiß heute noch niemand. Wahrscheinlich aber werden schon die Ereignisse der nächsten Tage und Wochen über die Gestaltung der politischen Verhältnisse Finnlands einigermassen Aufschluß geben.

Von größter Bedeutung für das Schicksal der neuen Regierung ist die Loyalitätserklärung „Suomen Rukko“, der in den letzten Wochen in Finnland politisch fast allmächtig gewordenen sogenannten Lappo-Bewegung. Diese Bewegung, die sich hauptsächlich auf die westfinnische Bauernbevölkerung, namentlich der Osterbottenprovinzen, stützt — ihr Name ist an eine kleine Ortsgemeinschaft, Lappo, in diesen Provinzen angelehnt —, hat dieser Tage die Einberufung des finnischen Reichstags zu einer außerordentlichen Sitzung erzwungen. Als Ziel hat „Suomen Rukko“ die vollständige Ausrottung des Kommunismus aus Finnland auf ihr Banner geschrieben. Doch dies nicht nur eine platonische Forderung der Bewegung ist, zeigen u. a. zahlreiche Gewaltmaßnahmen, wie z. B. die Verhaftung kommunistischer Druckereibesitzer in Helsinki und anderen finnischen Städten und der Abtransport kommunistischer Reichstagsabgeordneter über die russische Grenze. Soweit ist das Programm der Lappo-Leute klar. Das große Rätselraten beginnt mit der Frage: welches sind die weiteren Ziele der Bewegung? Zeigen die kommenden Wochen, daß es den Führern der Lappo-Bewegung Ernst ist mit ihrer Loyalitätssicherung an die neue Regierung, so kann sich die Lage allmählich wieder konsolidieren. Gehen aber die Gegner der Lappo-Bewegung recht, und verbinden die Lappo-Leute ihre antifaschistische Haltung tatsächlich mit nationalistischen und faschistischen Bestrebungen, so ist die Gefahr ernstest Kämpfe durchaus gegeben.

Die finnische Sozialdemokratie führt gegen die Lappo-Bewegung einen mutigen Kampf. Die Folge ist, daß ein Teil ihrer Organe in letzter Zeit heftigen Angriffen der Lappo-Bewegung ausgesetzt war.

Kampfansage der Lappo-Bauern

Ws. Helsinki, 7. Juli. (Eig. Draht.)
Das Charakteristikum des Marsches der Lappo-Bauern auf Helsinki war die Teilnahme des Reichspräsidenten und der gesamten Regierung an der Kundgebung auf dem großen Senatsplatz. Als der Reichspräsident erschien, richtete er den Führern der Lappo-Bewegung demonstrativ die Hand. Dann bestieg der Führer der Lappo-Bewegung, Kumpulainen, die Tribüne zu einer kurzen Erklärung folgenden Wortlauts:
„Wir haben uns am 16. Mai 1918 auf diesem Platz versammelt und glaubten, daß unser Sieg über den Kommunismus endgültig sei. Aber wir haben die bittere Erfahrung machen müssen, daß die Landesverträge sich wieder auflösen konnten und von der Tribüne des Parlamentes ihre außerordentlichen Reden hielten. So mußten wir wieder nach Helsinki kommen, um dem Feind von damals den Kampf anzusagen. Vielleicht sind bei uns Fehler gemacht worden. Aber unser Ziel ist gut, und Gott ist mit uns.“

Die Vertreter der Lappo-Bewegung überreichten der Regierung am Montag eine Entschlüsselung, in der dem neuen Kabinett unter der Voraussetzung des Vertretens ausgesprochen wird, daß der Kommunismus endlich reflex vernichtet werde.

Abwartende Haltung der Sozialdemokratie

Ws. Helsinki, 7. Juli. (Eig. Draht.)
Der Aufmarsch der Lappo-Bewegung in Helsinki, der am Montag zu Ende geführt wurde, ist ruhig verlaufen. An dem Aufmarsch beteiligten sich etwa 10.000 Personen, die hauptsächlich in Sonderzügen nach der finnischen Hauptstadt transportiert wurden.
Außerordentliche Beunruhigung hat die Nachricht von Verhandlungen in der Nähe von Helsinki hervorgerufen. Man vermutet, daß Kommunisten die Täter sind. Beweise für diese Vermutung sind jedoch nicht vorhanden.
An der Montagssitzung des Reichstags hat die sozialdemokratische Fraktion zeitweise teilgenommen. Sie beabsichtigt jedoch, ihre weitere parlamentarische Mitarbeit von einer Erklärung der Regierung über die Gründe der Verhaftung mehrerer kommunistischer Reichstagsabgeordneter abhängig zu machen.

Klassenkämpfer im Erfrischungsraum

Dresdner Kommunisten verraten ihre eigenen Truppen

Der Verleumdungsfeldzug der Kommunisten gegen die Sozialdemokratie kennt keine Grenzen. Für alles, was geschieht, machen sie die Sozialdemokratische Partei verantwortlich. Das Calmette-Sterben der Rübener Pfländer ist ihrer Meinung nach ebenso eine Folge der verheerenden Politik der verhassten Sozialdemokratie wie die gegenwärtige Weltwirtschaftskrise. Dabei besleichen sie sich eines Lones, der an Verkommenheit seinesgleichen sucht. Strolche, Verbrecher, Arbeiterverräter und abartige Ausbrüche sind die mildesten Titel ihres umfangreichen Schimpfblätterlegions, mit denen sie die Vertreter unserer Partei bedecken. Verantwortungslos und demagogisch spekulieren sie auf die Erregbarkeit jener Teile der Arbeiterschaft, die durch wirtschaftliche Not, durch Erniedrigung und durch den rücksichtslosen Terror des Unternehmertums den Scheinradikalen Parolen und Phrasen der SPD. zugänglich gemacht worden sind.

Aber ab und zu emsklarben sich die Kommunisten selbst durch ihre innere Unmoralität und Verlogenheit. Eine solche Situation ereignete sich in der Sitzung der Dresdner Stadtpartei am Montag abend. Die Leitung der kommunistischen Partei hatte die Dresdner Wohlfahrtsarbeiter zum Streik aufgefordert und für den gestrigen Nachmittag zu einer Protestversammlung aufgerufen. Nun galt es, den Worten die Taten folgen zu lassen. In Dresden waren von der SPD-Leitung jugendliche Wohlfahrtsarbeiter auf die Tribüne des Stadtparteisaales beordert worden. Die Schimpfparolen der kommunistischen Parteileitung haben jedoch den

gewollten Widerhall bei den Tribünenbesuchern. Die Regie klappete vorzüglich, bis nach wiederholten Ermahnungen zur Ruhe der Stadtpartei-Vorsitzende dem Spuk durch Räufmung der Tribüne ein vorzeitiges Ende bereite.

Damit war es aber auch mit dem Interesse der kommunistischen Stadtpartei an dem aufgezogenen Theater vorbei. Was sich abspielte, nachdem die kommunistische Fraktion nicht mehr der Kontrolle der von ihnen ausgesetzten Erwerbslosen ausgesetzt war, ist so abschreckend und widerlich, daß einem die Arbeiter leid tun können, die noch immer auf die Parolen dieser Demagogen hereinfallen. Die kommunistische Fraktion hatte zwei Anträge eingebracht, die sich mit den Wohlfahrtsarbeitern befaßten. Danach sollten

1. allen Wohlfahrts- (Wahl-) Arbeitern die Tariflöhne der händischen Arbeiter gezahlt und ihnen Arbeitsleistung und Schutzwert sowie Frühstück und Mittagessen unentgeltlich gewährt werden.
 2. alle Zwangsmaßnahmen gegen die Wohlfahrtsarbeiter zurückgezogen und die Wohlfahrtsunterstützung auch an diejenigen gezahlt werden, die Wohlfahrtsarbeit verweigern.
- Die Behandlung dieser Anträge konnte überhaupt nicht erfolgen, weil bei der Unterstufungsfrage die kommunistischen Stadtpartei-Mitglieder Schrapel, Gabel und Reuhof nicht anwesend waren, sondern Nichtiges zu tun hatten als sich um das Los der langfristigen Erwerbslosen zu kümmern.
- Während in mitternächtlicher Stunde ihre ausgesetzten Anhänger vor dem Rathaus auf das Resultat der kommunistischen „Klitter“, laßten diese drei Felder